

Sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa: Chancen und Grenzen

UWE JOSWIG

Hinführung zum Untersuchungsgegenstand

Im Jahre 1976 nahm Japan wichtige sicherheitspolitische Weichenstellungen vor. Die Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf 1 Prozent des BSPs wurde beschlossen¹, das National Defense Program Outline², das die militärischen und politischen Rahmenbedingungen der japanischen Sicherheitspolitik festlegt, wurde verabschiedet. In den folgenden Jahren wurde das Konzept der 'Umfassenden Sicherheit'³ definiert und ausgebaut. Diese Weichenstellungen führten dazu, daß Japan zunehmend an der Politik des Westens teilnimmt und eigene sicherheitspolitische Positionen formuliert.

In den letzten Jahren hat die Stationierung der SS-20 und die japanische Befürchtung, daß die sicherheitspolitischen Interessen Japans bei den INF-Verhandlungen übergangen werden, die Hinwendung zu den USA, aber auch zu Westeuropa, verstärkt. Damit berührt Japan zwangsläufig westeuropäische Interessen, da auch Westeuropa eigene Interessen bei den INF-Verhandlungen besitzt. Während im Konfliktfall eine militärische Zusammenarbeit aufgrund der geographischen Lage Japans und Westeuropas kaum möglich ist, scheint eine politische Zusammenarbeit den Interessen Japans und Westeuropas zu entsprechen. Der zunehmende Einfluß Japans auf die nordamerikanische Administration würde die Durchsetzung westeuropäischer Vorstellungen bei der westlichen Führungsmacht blockieren, falls Japan die westeuropäische Interessenlage nicht teilt. Japan profitiert von der westeuropäischen Konfliktbereitschaft gegenüber den Vereinigten Staaten, die Japan zunehmend einen größeren Handlungsspielraum gewährt, da Japan die 'Meistbe-

1 05.11.1976

2 Abgedruckt in: Defense Agency; Defense of Japan 1977; Tokyo 1977; S. 56ff.

3 Vgl.: Comprehensive National Security Study Group; First Report; Tokyo 1980. Holthus, Manfred, Japan, in: ders.; Kebschull, Dietrich (Hrsg.): Die Entwicklungspolitik wichtiger OECD-Länder, Hamburg 1985.

günstigung' in sicherheitspolitischen Fragen gegenüber den Vereinigten Staaten geltend macht.

Eine wichtige Entwicklung der letzten Jahre war der wirtschaftliche Aufstieg Japans, der zunehmend politische und sicherheitspolitische Konsequenzen nach sich zieht, da er von dem Aufbau militärischer Stärke begleitet wird und der politische Wille zum Einsatz politischer und militärischer Instrumente zunimmt (vgl. die Diskussionen über einen Einsatz japanischer Streitkräfte zur Beseitigung von Minen im Persischen Golf, um die Vereinigten Staaten zu unterstützen).⁴

Auf der politischen Seite empfinden wichtige politische Gruppen in Japan und Westeuropa die von den USA geforderten politischen Kosten des nordamerikanischen Schutzes zunehmend als Belastung, paradoxerweise als Ergebnis der langen Friedensperiode, die das Resultat der Effizienz des nordamerikanischen Schutzes ist. Diese Entwicklung läßt sich in Japan und Westeuropa verfolgen, in beiden Regionen haben sich sicherheitspolitische 'Autonomiebestrebungen' verstärkt. Es steigt das Bestreben der Verbündeten der Vereinigten Staaten, die politischen Komponenten ihrer Sicherheitspolitik zu stärken. In Japan ist diese Entwicklung besonders augenfällig, da der dortige Spielraum noch nicht ausgeschöpft ist.

1. Die Determinanten der japanischen Sicherheitspolitik und ihre Wirkung auf eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa

Die japanische Interpretation des Artikel 9 der japanischen Verfassung, der die Bildung eines 'Kriegspotentials' verbietet, ist weniger statisch, als allgemein angenommen wird. So hat er bisher die japanische Rüstung nicht begrenzt, früher als verfassungswidrig angesehene Maßnahmen, wie eine über die unmittelbare Territorialverteidigung hinausgehende Verteidigungskonzeption oder der Besitz von Langstreckenwaffen werden heute umgesetzt oder geplant. Artikel 9 steht keiner sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa im Wege, nur ein automatischer Beistandspakt - für den es keine politischen Realisierungschancen gibt - dürfte ausgeschlossen sein. Die Betonung der sowjetischen Gefahr durch Japan erfolgt weniger aus einer eindeutigen Bedrohungswahrnehmung als aus verschiedenen politischen Gründen (Interesse an einer verstärkten Rüstung; Versuch, die Beziehungen zum Westen zu intensivieren; das Interesse, bei Rüstungskontrollverhandlungen nicht übergangen zu werden).

4 International Herald Tribune, 29.08.87

Mit dem zunehmenden Ausbau der japanischen Verteidigungsfähigkeit, dem als Prämisse das Streben nach größerer Eigenverantwortung zugrunde liegt, sinkt das politische Interesse, sich den Gefahren des Ost-West-Gegensatzes auszusetzen, paradoxerweise parallel zur Akzeptanz des Bündnisses mit den USA, was dazu führt, daß die militärischen Verflechtungen mit den USA immer enger werden, so daß auf der militärischen Ebene die Möglichkeit, bei einem Konflikt zwischen den Supermächten neutral zu bleiben, immer geringer wird. Da beide Entwicklungen in ihren Auswirkungen gegenläufig sind, wird sich die japanische Politik immer stärker zur Dualität von Verteidigungsfähigkeit im Bündnis mit den Vereinigten Staaten, das große wirtschaftliche Vorteile verschafft, bei einer politischen Entspannung mit der Sowjetunion ausprägen, verbunden mit einem Anstieg immanenter Widersprüche, die aus der Dualität der Sicherheitspolitik als Instrument zur Bedrohungsabwehr und als Machtinstrument innerhalb des Westens resultieren.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen politischen und militärischen Interessen kann Japan in begrenztem Maße durch eine Intensivierung der Beziehungen zu Westeuropa auflösen, wie dies schon bisher ansatzweise versucht wurde. Über die japanisch-westeuropäischen Beziehungen kann Japan sich einen begrenzten Freiraum im Ost-West-Gegensatz verschaffen und damit kann es zu einer höheren Akzeptanz der Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten kommen, da die westeuropäische Politik die japanische Möglichkeit zur Distanz von den Vereinigten Staaten ausweitet und dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung entgegenkommt. Damit können die Beziehungen zu Westeuropa zu einem wichtigen, aber niemals zum wichtigsten Bestandteil der japanischen Außenpolitik werden. Japan kann allerdings seine Beziehungen zu Westeuropa nur verbessern, falls die japanische Regierung eine größere Konfliktbereitschaft gegenüber den Vereinigten Staaten an den Tag legt. Diese wiederum hängt von der Einschätzung der eigenen sicherheitspolitischen Fähigkeiten ab, d.h. der Ausbau der japanischen Streitkräfte ist eine notwendige Bedingung für einen Ausbau der japanisch-westeuropäischen Beziehungen auf sicherheitspolitischem Gebiet. Ein Versäumnis der westeuropäischen Regierungen war es, von Japan kein sicherheitspolitisches Entgegenkommen für die relativ komfortable japanische Position im westlichen Bündnis zu fordern.

Die innenpolitischen Reaktionen auf das Treffen des japanischen Ministerpräsidenten Takeshita mit dem NATO-Generalsekretär⁵ am 06. Juni 1988 waren verhalten; im Gegensatz zur Vergangenheit, wo die japanische Öffentlichkeit solche Kontakte nicht toleriert hat. Damit nimmt der Widerstand gegen eine Zusammenarbeit ab, innenpolitische Determinanten können nur

noch in begrenztem Maße für das Fehlen einer engen Zusammenarbeit herangezogen werden.

2. Der Einfluß Japans auf die Rahmenbedingungen der Verteidigung Westeuropas

Das steigende wirtschaftliche Gewicht Japans in den Vereinigten Staaten berührt zunehmend die Rahmenbedingungen zur Verteidigung Westeuropas.

So sah die noch unter dem nordamerikanischen Präsidenten Nixon⁶ ausgearbeitete 1½ Kriege-Führungsstrategie die Führung 'eines' Krieges in Europa vor, während sich Japan nach der konzeptionellen Planung der Vereinigten Staaten den '½ Krieg' mit Südwestasien teilen sollte⁷, was 1980 mit dem Abzug der einzigen Flugzeugträgergruppe, die für den Einsatz in der Region des Nordpazifik gedacht war, in den Persischen Golf sichtbar dokumentiert wurde. Ferner sah die 'swing-Strategie' der Vereinigten Staaten vor, daß im Zuge einer militärischen Auseinandersetzung in Europa die im Pazifik stationierten Streitkräfte nach Europa verlegt werden.⁸ Die gestiegene wirtschaftliche Bedeutung der Region des Nordpazifik führte dazu, daß sich die Auffassung durchsetzte, daß eine Vernachlässigung der Verteidigung Japans den nordamerikanischen Interessen schadet. So wurde im Frühjahr 1980 von den Vereinigten Staaten die 'swing'-Strategie aufgegeben, da die pazifischen Streitkräfte der USA nicht mehr für die Unterstützung des europäischen Kriegsschauplatzes eingeplant wurden.⁹ Mit der Ausklammerung der im Pazifik eingesetzten Streitkräfte zur Unterstützung der in einem europäischen Konflikt eingesetzten nordamerikanischen Truppen wird die Verteidigung Westeuropas geschwächt.

Unter der Präsidentschaft Reagans wurde diese Politik beibehalten und die 1½ Kriege-Führungsstrategie zu einer 'Multifront-Strategie' weiterentwickelt.¹⁰ Hervorstechendes Merkmal der 'Multifront-Strategie' ist der gleich-

6 Betts, R.K., Washington, Tokyo, and Northeast Asian Security; A Survey, in: *Journal of Strategic Studies*, Vol. 6, No. 4 (1983), S. 10.

7 Eine ausführliche Darstellung zur Problematik des 'halben Krieges' bietet: Haffa, R.P., *The Half War*, Boulder 1984.

8 Morley, James W., *Comprehensive Mutual Security Interests of the Major Industrialized Democracies*, in: Johnson, U. Alexis, Chairman; Packard, George R., Rapporteur (eds.); *The Common Security Interests of Japan, the United States and NATO*. Joint Working Group of the United States and the Research Institute for Peace and Security, Tokyo; Washington Tokyo 1981, S. 212.

9 Hsuing, James, *Asia and Reagan's Global Strategic Design*, in: Hsuing, James (ed.); *U.S. Asian Relations. The National Security Paradox*; New York 1983, S. 13.

10 Haffa, *The Half War*, op.cit., S. 221. "Wir könnten uns entschließen, unsere Fähigkeiten aufs äußerste anzuspannen, den Feind an vielen Stellen zu binden oder unsere Streitkräfte

zeitige Kampf an mehreren 'Fronten', die Regionalisierbarkeit eines Konfliktes mit der Sowjetunion wird nicht mehr angenommen.¹¹ Daher soll eine horizontale Ausweitung eines Konfliktes auf für den Westen vorteilhafte Regionen erfolgen. Mögliche Kriegsschauplätze sollten durch eine strategische Kopplung aller Konfliktbereiche die Sowjetunion davor abschrecken, Positionsgewinne zu erzielen.

Die Argumente für eine horizontale Eskalation von einem Konflikt zwischen den Supermächten in Europa nach Ostasien und von einem Konflikt in Ostasien nach Europa sind auswechselbar. Damit muß Westeuropa nicht nur von einem Übergreifen eines mitteleuropäischen Krieges nach Ostasien ausgehen, sondern muß sich auch Gedanken über das Übergreifen einer Auseinandersetzung in der Region des Nordpazifik auf Europa machen. Es ergibt wenig Sinn, Einheiten der Supermächte von Europa nach Asien zu verlegen, um sie dort gegeneinander kämpfen zu lassen; vor allem im maritimen Bereich wäre dies absurd.

Die nordamerikanische Strategie der horizontalen Eskalation ist ein Ausdruck der Schwierigkeit, wahrgenommene Machterfordernisse und Machtmöglichkeiten in Einklang zu bringen. Das politische Konzept der Vereinigten Staaten verlangt zunehmend die Sicherung der westeuropäischen und ostasiatischen Staaten, dazu reichen die nordamerikanischen Machtmittel nicht aus. Während in der Vergangenheit dieses Spannungsverhältnis durch das geringe sowjetische Potential in Asien und dem geringeren politischen Stellen-

und unser militärisches Arsenal auf einige wenige der kritischen Schauplätze zu konzentrieren. Eine Kriegsstrategie, die den Feind im Falle eines Angriffs mit dem Risiko unserer Gegenoffensiven gegen seine verwundbarsten Punkte konfrontiert, verstärkt die Abschreckung. ... Unsere Gegenoffensiven sollten auf Schauplätze gerichtet sein, an denen wir den Ausgang des Krieges beeinflussen können." Weinberger, Caspar W.: Annual Report to the Congress for Fiscal Year 1983, Washington, D.C. 1982, S. III-91 und II-16f.; zitiert nach: Görtemaker, Manfred; Wettig, Gerhard; USA - UdSSR. Dokumente zur Sicherheitspolitik, Opladen 1987, S. 115.

- 11 West, F.J., *The Next Step*, in: *Proceedings*, Jan. 1987, S. 44. So auch: Solomon, Richard, *The Pacific Basin: Dilemmas and Choices for American Security*, *Naval War College Review*, Vol. 40, No. 1/Sequence 217 (Winter 1987), S. 38. "It seems unlikely that a conflict with the Soviets could be confined to a single geographic area. One must assume that the Soviets, with worldwide satellite communications, rapid transport, a two front war posture, and facilities to maintain close coordination between widely dispersed forces and allies, will attempt to preempt U.S. capability wherever it is located." Admiral Hays, Ronald J., in: *Asia Pacific Defense Forum*, Special Supplement, Summer 1987, S. 5. "In 1982, President Reagan signed National Security Decision Document (NSDD) 32, setting forth the administration's national security strategy. Among other things, defense planning was to assume that a U.S.-Soviet war would be global, and not a NATO war confined to the European theater." West, *The Next Step*, op. cit., S. 44. Die Asymmetrien in der Strategie, geographischen Lage, Bewaffnung und die Mobilität der Truppen dürften kaum horizontale Einsatzbeschränkungen zulassen, da Schwächen und Stärken der Supermächte regional ungleich verteilt sind.

wert der ostasiatischen Staaten eindeutig zugunsten der Sicherheit Westeuropas aufgelöst wurde, wurde die Administration Reagan sich diesem Spannungsverhältnis durch ihre verstärkte pazifische Orientierung bewußt und versuchte, Japan stärker zu berücksichtigen, ohne eine andere 'Front' zu vernachlässigen. Die Folge ist eine verstärkte Ankopplung von Drittregionen an das alte 'Zentrum' Europa. Die verstärkte pazifische Orientierung der Administration Reagan hat jedoch nicht zu einer Umverteilung beim Zulauf von neuem militärischen Großgerät geführt.

Neben der Aufgabe der 1½ Kriege-Führungsstrategie war die Ausarbeitung der Maritimen Strategie eine Konsequenz der stärkeren pazifischen Orientierung der Reagan-Administration.¹² Denn im Gegensatz zu Europa werden zur Verteidigung Japans vor allem Seestreitkräfte benötigt. Ferner soll sich die nordamerikanische Marine gemäß der Maritimen Strategie ins Ochotskische Meer vorkämpfen und die sowjetischen SLBMs niederkämpfen¹³ und ein für den Westen günstiges Kräfteverhältnis aufrechterhalten. Daß die Maritime Strategie primär auf einer politischen Entscheidung zugunsten einer stärkeren Verteidigung Japans basiert, wird deutlich, wenn man die Entwicklung des maritimen Kräfteverhältnisses bei den für die Seeherrschaft wichtigen großen Überwasserkampfschiffen betrachtet. Zwischen 1977 und 1986 haben die Staaten des Warschauer Paktes 105 (SU: 81) große Überwasserkampfschiffe gebaut, die NATO-Staaten 192 (USA: 94).¹⁴ Damit hat sich das Kräfteverhältnis in diesem Bereich zugunsten des Westens verändert, was gegen die militärische Notwendigkeit einer drastischen Erhöhung der Zahl großer Kampfschiffe spricht. Zwar sieht auch die Maritime Strategie keine Umverteilung der Streitkräfte in die Region des Nordpazifik vor, das Verhältnis zwischen den Schiffen, die für den Einsatz im Atlantik bestimmt sind und denen, die im pazifischen und indischen Ozean eingesetzt werden sollen, beträgt nach der Maritimen Strategie 8:7¹⁵, durch das gesetzte Ziel einer Flotte von 600 Schiffen dürfte allerdings den Luft- und Landstreitkräften erheblich weniger Geld zur Verfügung gestellt werden¹⁶, was die Verteidigung

12 Admiral Watkins, James D., *The Maritime Strategy*, in: *Proceedings*, Jan. 1987, S. 5. Lehmann, John J., *The 600-Ship Navy*, in: *Proceedings*, Jan. 1987, S. 33.

13 Wells, Linton, *Self-Defense Forces in 1990's: An American's View on the Analysis of Sea Lane Defense*; Shin Boei Ronshu, Vol. 11, Nr. 3, Jan. 1984, S. 30.

14 Report of the Secretary of Defense Caspar W. Weinberger to the Congress on the FY 1988/FY 1989 Budget and FY 1988-92 Defense Programms. January 12, 1987, Washington 1987, S. 29.

15 Lehman, *The 600-Ship Navy*, op.cit., S. 36.

16 Ein Vergleich zwischen den Verteidigungsausgaben von 1984 und den Erfordernissen der neuen Strategie zeigt, daß die nach Europa orientierten nordamerikanischen Streitkräfte 16,5 Mrd. \$ weniger zur Verfügung hätten, während der Bereich der nicht für den Einsatz in Europa vorgesehenen Streitkräfte 32,9 Mrd. \$ mehr zur Verfügung gestellt bekäme.

Westeuropas schwächt. Die Maritime Strategie der Vereinigten Staaten bezieht das japanische Potential mit ein, da Japan den nordamerikanischen Streitkräften Luft- und Seeunterstützung geben soll.¹⁷ Überraschenderweise wurde Japan in die Maritime Strategie einbezogen, ohne daß Japan seine Bereitschaft hierzu erklärt hatte. Die Maritime Strategie, die mit einer Schwächung der für die Verteidigung Westeuropas bestimmten nordamerikanischen Streitkräfte verbunden ist, müßte von den Vereinigten Staaten aufgegeben werden, falls sich Japan vehement gegen diese Strategie aussprechen würde, eine Strategie, die Japan unweigerlich in einen Konflikt der Supermächte hineinziehen würde und weit über die Verteidigung der Seeherrschaft hinausgeht, da sie offensive Angriffe auf Landziele beinhaltet. Damit besitzt Japan einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die nordamerikanische Sicherheitspolitik.

3. Die politische Rolle Japans und ihre Auswirkung auf die Bedingungen der westeuropäischen Sicherheit

Die aktivere japanische Außenpolitik wird dazu führen, daß Japan verstärkt seine sicherheitspolitischen Belange gegenüber den Vereinigten Staaten vertritt. Bisher - und es gibt keine Anzeichen einer veränderten Haltung in der Zukunft - hat sich Japan nicht für ein stärkeres nordamerikanisches Engagement in Japan eingesetzt, daher dürfte das nordamerikanische Engagement in Europa von dieser Seite nicht bedroht werden.

Die Bewertung der Auswirkungen der japanischen Rüstung hängt von der Einschätzung der sowjetischen Rüstungspolitik ab. Geht der Betrachter davon aus, daß die sowjetische Rüstung das Maximum des volkswirtschaftlich Verantwortbaren beträgt und somit kaum steigerbar ist, so wird er die Auswirkungen der japanischen Rüstung positiv beurteilen, da das Gesamtpotential des Westens gesteigert und die europäische 'Front' entlastet wird, da die Sowjetunion auf die japanische Rüstung reagieren muß. Sieht der Betrachter noch Steigerungsmöglichkeiten in der sowjetischen Rüstung, so würde eine japanische Aufrüstung diese Steigerung implizieren, verbunden mit negativen Auswirkungen auf den Westen.

Die Bewertung der Vorteile einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit hängt ferner von der Einschätzung der Auflösbarkeit der Blockstrukturen und deren Wünschbarkeit ab. Diejenigen Vertreter, die die Sicherheit durch eine

Dunn, Keith A.; Staudenmaier, William O., *Strategic Implications of the Continental-Maritime Debate; The Washington Papers 107*, Washington 1984, S. 91.

17 Wells, *Self-Defense Forces in 1990's*, op. cit., S. 32.

Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion stärken wollen, sind nicht an engeren Beziehungen zu Japan interessiert, da sie ihr Konzept durch einen Anstieg der sowjetischen Einkreisungsfurcht gefährdet sehen und sie negative Auswirkungen auf die Politik der Sowjetunion in Europa befürchten.

Eine Intensivierung der sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Japan und Westeuropa dürfte allerdings von der Sowjetunion nicht mit einer Aufgabe der Entspannung beantwortet werden, da das sowjetische Interesse an den wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan und Westeuropa groß ist und die Sowjetunion bisher eine Trennung von Entspannung und Abschreckung vorgenommen hat. Die Verminderung des nuklearen Kondominiums erhöht die Anzahl der möglichen Formen der Friedenssicherung, da die konventionelle Kriegsführungsfähigkeit zum Angelpunkt der westeuropäischen Sicherheit wird. Eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Japan wäre eine Option zur Stärkung der konventionellen Abschreckung. Sie wäre die einzige Option außerhalb gesteigerter westeuropäischer Eigenanstrengungen und der Illusion sowjetischer Selbstbescheidung in und außerhalb eines Systems kollektiver Sicherheit.

Die Erklärung von Williamsburg¹⁸, die von Japan unterzeichnet wurde, um über die Propagierung einer 'Sicherheitsgemeinschaft' bei den Abrüstungsverhandlungen berücksichtigt zu werden, zeigt, daß sich die japanische Regierung zunehmend der Nachteile für Japan durch die japanische Distanz von der westlichen Sicherheitspolitik bewußt wird. Es tritt die paradoxe Situation auf, daß sich Japan vehement für einen Abbau der Spannungen zwischen den Supermächten einsetzt, dieser Abbau aber große Gefahren für die japanische Sicherheit - und ebenfalls für die westeuropäische - in sich birgt. Unteilbarkeit der westlichen Sicherheit - Teilbarkeit der Entspannung - zeugen davon, daß Japan die Einheit des Westens dann betont, wenn es den japanischen Interessen entspricht.

Andererseits ist es Japan lieber, sich an der westlichen Sicherheitspolitik zu beteiligen als durch eine 'künstliche' Stärkung der Vereinigten Staaten durch wirtschaftliches Entgegenkommen es den USA zu ermöglichen, ihre alte Rolle weiterzuspielen. Der äußere Druck auf die japanische Regierung verstärkt diese japanische Haltung. Ferner hat die wirtschaftliche Rolle Japans zu einem neuen Selbstbewußtsein geführt. Sollte Japan um Hilfestellung gebeten werden, dürfte sich die japanische Regierung dem kaum verschließen; zumindest solange nicht, wie die Zusammenarbeit keine 'offensiven' Intentionen gegenüber der Sowjetunion verfolgt. Das Bedürfnis, die ei-

18 Vgl. zu den japanischen Motiven für die Erklärung von Williamsburg die Rede des Außenministers Kuranari auf der 28. Konferenz des IISS in Kyoto; veröffentlicht vom japanischen Außenministerium, S. 11.

gene Größe politisch zu dokumentieren, tritt als Faktor der japanischen Außenpolitik verstärkt hervor.

Nimmt man die Gesamtheit sicherheitspolitischer Ziele Japans als Betrachtungsgrundlage, so wird sich die eigenverantwortliche Wahrung sicherheitspolitischer Interessen durch Japan in dem Maße ausdehnen, wie die Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage sind, die japanischen Interessen zu wahren. Der Endpunkt dieser Entwicklung wäre die Übernahme der derzeitigen Rolle der Vereinigten Staaten in der Region des Nordpazifik durch Japan.

Diese gestiegene Verantwortungsbereitschaft führt zu einem höheren Gewicht Japans in der Weltpolitik; stärkt aber auch die westliche Sicherheit, da durch die Integration Japans in den Westen das westliche Potential zur *Abwehr* sowjetischer Expansionsbestrebungen gestärkt wird, eine *Eindämmung* der Sowjetunion ist jedoch nicht konsensfähig.

4. Japans Position im Ost-West-Gegensatz

Westeuropa besitzt eine Präferenz für den Einsatz politischer und wirtschaftlicher Instrumente im Ost-West-Gegensatz. Die USA hingegen sehen politische und wirtschaftliche Instrumente nicht als Möglichkeit an, den Ost-West-Gegensatz in westlichem Sinne zu gestalten. Sie bevorzugen jenseits der Verhinderung ungewollter Konfrontationen mit der Sowjetunion konfrontative Elemente, die den Stellenwert der militärischen Sicherung in der Wahrnehmung der Akteure ansteigen lassen und damit die Gestaltungsmöglichkeiten und den Handlungsspielraum der Verbündeten innerhalb des Westens beschneiden, so daß die militärischen Instrumente, bei denen die Vereinigten Staaten der gestaltende Part sind, in den Vordergrund treten. Der gegenseitige Bezug militärischer Faktoren der Supermächte (z.B. durch Einflußsphären in der Dritten Welt) verstärkt das nordamerikanische Interesse an militärischen Instrumenten.

Durch das steigende Gewicht Japans innerhalb des Westens würde Japan, falls Japan die gleichen Instrumente benutzen würde, die Position der Vereinigten Staaten oder Westeuropas stärken. Es gilt daher zu untersuchen, wie sich die Teilnahme Japans an der westlichen Sicherheitspolitik auswirkt.

Die Untersuchung des japanischen Verhaltens in den den Westen betreffenden globalen Krisen seit 1976 hat gezeigt, daß Japan im Ost-West-Gegensatz politische und wirtschaftliche Instrumente angewendet sehen und sich an der konfrontativen Politik der Vereinigten Staaten, die militärische Instrumente bevorzugten, nicht beteiligen wollte.

Japan möchte sich vom Ost-West-Gegensatz fernhalten und ist nicht zu einer Eindämmung der Sowjetunion bereit, sondern ist bestrebt, die kooperativen Strukturen zwischen Ost und West zu stärken. Da der Ost-West-Gegensatz als Hauptbedrohung für die japanische Sicherheit angesehen wird, handelt es sich somit in japanischen Augen um die Mindestsicherung der eigenen Existenz. Damit ist die japanische Grundkonzeption der Außenpolitik wesentlich näher an den westeuropäischen als an den nordamerikanischen Vorstellungen. Der Abstand vom Ost-West-Gegensatz sichert nach japanischer Auffassung ein Höchstmaß an eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und verringert die Gefahren für die japanische Sicherheit.

Das hohe japanische Interesse an der Minimierung des Ost-West-Gegensatzes wird daran deutlich, daß Japan weder die Frage der Nördlichen Territorien noch die sowjetische Rüstung zu beherrschenden Themen der Außenpolitik werden läßt, von den Vereinigten Staaten keine Unterstützung für die japanische Position fordert und sich bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen pragmatisch verhält (Trennung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereichs bei den blockübergreifenden Beziehungen).

Wer, wie Japan, sich nur an Sanktionen beteiligt, um Solidarität zu zeigen, wird sich diesen Sanktionen immer mehr verschließen, je größer seine wahrgenommene Macht wird. Damit wird sich Japan in der Zukunft noch stärker nach der westeuropäischen Position richten.

Auch Japan wird mit der Doppelseitigkeit eines Verteidigungsbündnisses konfrontiert: Auf der einen Seite fühlt sich Japan durch die Schutzgarantie der Vereinigten Staaten sicherer als ohne deren Schutz; auf der anderen Seite besteht die Angst vor der Einbeziehung in den antagonistischen Gegensatz mit all seinen Gefahren für Japan.

5. Der Einfluß Japans auf die Rüstungskontrollgespräche

An den Abrüstungsverhandlungen im INF-Bereich wurde Japan in bisher nicht gekanntem Ausmaß beteiligt. Die Vereinigten Staaten berücksichtigten Japan bei ihren Konsultationen über die INF-Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion gleichrangig mit Westeuropa. Japan setzte - bei westeuropäischem Desinteresse oder westeuropäischer Opposition - durch, daß sich das INF-Abkommen auch auf Asien erstreckt.

Hätte Japan nicht die gleiche Aufmerksamkeit bei der Wahrung seiner sicherheitspolitischen Interessen wie Westeuropa erhalten, hätten die Diskussionen in Japan über die Sicherheitsbindungen mit den Vereinigten Staaten einen neuen Höhepunkt erreicht. Wäre eine Begrenzung eines INF-Abkom-

mens auf Europa vereinbart worden, hätten die Kritiker der japanisch-nordamerikanischen Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik argumentieren können, daß die USA es zulassen, daß die Sowjetunion eine nukleare Bedrohung Japans aufbauen kann, während diese Möglichkeit der Sowjetunion in Europa nicht zugestanden wird. Für Westeuropa besaßen die INF einen symbolischen Wert als Ausdruck der nordamerikanischen Sicherheitsgarantie und einer gemeinsamen Teilung der Gefahren durch die Ankopplung an die erweiterte Abschreckung der Vereinigten Staaten; für Japan wurde das INF-Abkommen zum symbolischen Prüfstein für das nordamerikanische Interesse an der Sicherung Japans.

Das japanische Verhalten hat die Rüstungskontrollgespräche positiv beeinflußt und besitzt keine negativen Auswirkungen auf die westeuropäische Sicherheit, was zeigt, daß der westeuropäische Regionalismus nicht unbedingt den westeuropäischen und westlichen Interessen dienlich ist.

Sollten sich Japan und Westeuropa nicht auf einen gemeinsamen Nenner in ihren sicherheitspolitischen Vorstellungen einigen können, so entstünden zwei Gefahren:

1. Die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen kommen ganz zum Erliegen, da sich die unterschiedlichen Vorstellungen gegenseitig blockieren.
2. Die Gefahr eines Kondominiums der Supermächte würde ansteigen, denn wenn Japan und Westeuropa unterschiedliche Positionen besitzen, würden die Vereinigten Staaten mit hoher Wahrscheinlichkeit einen eigenen, unabhängigen Weg in der Sicherheitspolitik einschlagen; die japanischen und westeuropäischen Einflußmöglichkeiten auf die nordamerikanische Sicherheitspolitik würden erheblich sinken. Vor allem für Westeuropa entstünden hieraus erhebliche Gefahren, da durch den Anstieg des Stellenwertes Japans in der nordamerikanischen Politik die Tendenz in der nordamerikanischen Administration vorherrschen wird, sich zugunsten der japanischen Interessen zu entscheiden.

Durch die steigenden technologischen Interdependenzen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten werden die USA bei qualitativ hochwertigen Waffensystemen (z.B. SDI) zunehmend von japanischen Komponenten abhängig. Diese nordamerikanische Abhängigkeit bewirkt, daß Japan zunehmend in nordamerikanische Rüstungsprogramme einbezogen wird. Da Rüstungsprogramme auch politische und strategische Fragen aufwerfen, muß sich Japan damit auseinandersetzen.

Ebenso wie die meisten westeuropäischen Regierungen besitzt Japan eine positive Auffassung gegenüber Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen und setzt sich für deren Verwirklichung ein. Im konkreten Fall werden jedoch eigene Vorbehalte artikuliert. Genauso wie Japan bei den INF-Verhandlungen ein Interesse an der Verhinderung der Rückverlegung von im europäischen Teil der Sowjetunion stationierten INF nach Asien hatte, besitzt Japan bei den Vorschlägen zur konventionellen Abrüstung das Interesse, eine Rückverlegung konventioneller Verbände nach Asien zu verhindern. Damit steht Japan derzeit der nordamerikanischen und westeuropäischen Verhandlungsposition konträr gegenüber, da diese eine Rückverlegung nordamerikanischer und sowjetischer Streitkräfte bei einer Truppenreduzierung in Europa zuläßt.¹⁹ Die Konzeption einer konventionellen Abrüstung vom Atlantik zum Ural würde undurchführbar, sollte Japan seine Vorbehalte artikulieren. Abrüstungsverhandlungen können somit nur global geführt werden, Abrüstungskonzeptionen sind nicht gegen japanischen Widerstand durchsetzbar, da die nordamerikanische Administration die japanische Verhandlungsposition zunehmend berücksichtigt. Frankreich hat sicherlich nicht ohne Grund seine sicherheitspolitischen Beziehungen zu Japan in dem Moment verstärkt, als die französische Regierung erhebliche Bedenken gegen eine Vernichtung der INF hatte und von der japanischen Skepsis gegenüber einem INF-Abkommen wußte.

Bei zukünftigen Abrüstungsverhandlungen wird die japanische Haltung zunehmend Probleme aufwerfen. Zum einen muß der Sowjetunion zugestanden werden, auf chinesische Rüstungsschritte reagieren zu können, zum anderen fordert Japan die Wahrung seiner Interessen bei Abrüstungsverhandlungen, das japanische Rüstungspotential ist allerdings nicht einbeziehbar, da es aus japanischer Sicht das Minimum für die Verteidigung Japans bildet. Somit kann Japan keine Gegenleistungen anbieten.

6. Möglichkeiten zur Intensivierung der Beziehung

Verschiedene Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa bieten sich an: Eine verstärkte Einbeziehung Japans in den Informationsaustausch über das militärische Verhalten der Sowjetunion könnte zum einen Informationsdefizite senken, zum anderen innenpolitische Barrieren in Japan durch die 'Gewöhnung' an die Diskussion sicherheitspolitischer Fragen reduzieren. Eine intensivere Einbeziehung japanischer Wissenschaftler in Konferenzen mit sicherheitspolitischen Themen würde dies

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.88

verstärken, ebenso wie ein verstärkter Austausch von Militärpersonal. Ein Technologieabkommen hätte einen hohen politischen Wert, da der Westen gegenüber der Sowjetunion zunehmend gemeinsam auftreten würde; eine Waffenstandardisierung würde dies ergänzen. Die Rüstungszusammenarbeit wäre in ausgewählten Bereichen der Hochtechnologie besonders nutzbringend, vor allem beim Satellitenbau. So könnten gemeinsame Aufklärungssatelliten die beiderseitige Abhängigkeit von nordamerikanischen Informationen mildern helfen. Auf politischer Ebene würde die Einrichtung eines institutionalisierten Forums zur gegenseitigen Information von westlichen Staaten außerhalb der NATO und NATO-Staaten (wie sie schon heute in der Nordatlantischen Versammlung praktiziert wird) den sichtbaren Zusammenhalt des Westens stärken. Es ist in diesen Fällen nicht so wichtig, wie effektiv diese Zusammenarbeit ist, ihre Sichtbarkeit ruft die politische Wirkung hervor, zumal die Effektivität potentiell gesteigert werden kann. Kernpunkt der Vorschläge ist die Schaffung unumkehrbarer Strukturen der Einbindung westlicher Staaten in eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Eine weitere Steigerung der Zusammenarbeit wäre ein gemeinsames Nachdenken zwischen Japan und Westeuropa über die Gefahr der horizontalen Eskalation, die durch die nordamerikanische Machtminderung und den dadurch entstehenden Zwang zur Einbeziehung der Verbündeten am zunehmen ist.

Die Intensivierung der gegenseitigen sicherheitspolitischen Beziehungen durch eine informelle Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa würde für beide Mächte eine Sicherheitsreserve bilden, die einen zusätzlichen Abschreckungswert garantieren würde. Allerdings zeigte die Rede des japanischen Außenministers Kuranari²⁰ auch, daß in Japan sehr starke Abgrenzungselemente gegenüber einer engeren Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet vorhanden sind.

Zwischen Japan und Westeuropa gibt es gegenläufige Tendenzen: Während die Bedrohungswahrnehmung Japans im Ansteigen begriffen ist, mehren sich die Zweifel von Westeuropäern an den Angriffsabsichten und offensiven Fähigkeiten der Sowjetunion. Letzteres dürfte den Willen zur Zusammenarbeit dämpfen, da sie der Zielvorstellung einer zunehmenden Anzahl von Westeuropäern nicht entspricht.

Fazit

Die Veränderung der Determinanten der japanischen Sicherheitspolitik, die auf eine eigenständige sicherheitspolitische Rolle Japans hinausläuft, schafft

20 Kuranari, op. cit., S. 10

sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Westeuropa den Zwang, Japan mit möglichst geringen destabilisierenden Wirkungen in das sicherheitspolitische System zu integrieren. Diese Integration kann durch politische Maßnahmen von Seiten Westeuropas die Abschreckung stärken. Zwar fürchtet Westeuropa eine Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion durch eine engere Zusammenarbeit mit Japan, die Alternative, ein sich im politischen Kräftefeld frei bewegendes Japan ohne westliche Einbindung, dürfte allerdings weitaus unangenehmer für die sowjetische Führung sein. Sollte in diesem Fall sich die Sowjetunion zu einer verstärkten Rüstung in Ostasien entschließen, hätte dies weitaus schwerwiegendere Folgen auf die Rüstungskontrolle und Abrüstung - und damit auf die westeuropäische Sicherheitspolitik - als eine Einbindung Japans in das westliche sicherheitspolitische System.

Neben den großen Widersprüchen in den Äußerungen japanischer Politiker ist das Desinteresse der westeuropäischen Regierungen an intensiveren Kontakten für das geringe Niveau der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Japan und Westeuropa verantwortlich. Das derzeitige Verhältnis ist eine Funktion der globalen Beziehungen der Supermächte und den daraus entstehenden Implikationen für Japan und Westeuropa, von einer eigenständigen Zusammenarbeit kann kaum gesprochen werden. Sicherlich hat die derzeitige Struktur des globalen Verhältnisses dazu beigetragen. Die Entspannung und die mit ihr verbundenen Hoffnungen lassen eine Stärkung westlicher Zusammenarbeit weniger wichtig als die Stärkung der Ost-West-Kontakte erscheinen. Die Verbündeten der Vereinigten Staaten sollten sich allerdings darüber Gedanken machen, was passiert, falls die Grundlage der Entspannung nicht mehr existiert, sowjetischer und westeuropäischer Spannungsbegriff nicht mehr deckungsgleich sind. Denn bisher hat erst die sichtbare Dualität von Abschreckung und Entspannung letztere ermöglicht.

Es wurde deutlich, daß Japan in der sicherheitspolitischen Konzeption der Vereinigten Staaten eine zunehmende Rolle spielt. Sowohl bei den strategischen Überlegungen innerhalb der USA, die Westeuropa aufgrund des Klammerns an den theoretischen Überbau 'flexible response' nicht zur Kenntnis nimmt, als auch bei der Rüstungskontrolle, die nicht mehr gegen japanische Interessen möglich ist. Allerdings darf der japanische Einfluß auf die Vereinigten Staaten auch nicht überschätzt werden, der 'Niedergang' Europas ist noch nicht in Sicht.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Japan und Westeuropa ist bisher in der Diskussion über eine mögliche stärkere pazifische Orientierung der USA nicht gesehen worden. Die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten konzentrieren

sich primär auf den militärischen Bereich, dem militärischen Schutz Japans bei einem Angriff auf Japan. Japan besitzt keine ausgeprägten Beziehungen zur Sowjetunion; die Unterstützung der USA durch Japan beinhaltet kaum politische Auswirkungen auf den Ost-West-Gegensatz.

Die nordamerikanisch-westeuropäischen Beziehungen besitzen in dieser Hinsicht eine ganz andere Dimension. Westeuropa ist in der Lage, Einfluß auf die Beziehungen der Supermächte zu nehmen. Die Vereinigten Staaten haben in der Vergangenheit ein hohes Interesse gezeigt, die politische Unterstützung Westeuropas für die eigenen Vorstellungen zu erhalten (vgl. SDI). Westeuropa ist durchaus in der Lage, politischen Druck auf die Sowjetunion auszuüben und so zu einer Stärkung der nordamerikanischen Position beizutragen. Westeuropa kann andererseits die nordamerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion erheblich verwässern, wie der Abbruch der aussichtslos gewordenen Konfrontationspolitik der Reagan-Administration beweist. Auch hat die westeuropäische Zustimmung zur nordamerikanischen Sicherheitspolitik eine höhere innenpolitische Wirkung als die Unterstützung durch Japan. Daran dürfte sich auch in ferner Zukunft wenig ändern. Japan besitzt in der Weltpolitik zu wenig Eigengewicht, um eine Alternative zu den transatlantischen Bindungen zu bieten. Solange der Ost-West-Gegensatz vom ideologischen und machtpolitischen Antagonismus der Supermächte beherrscht wird, können sich die Vereinigten Staaten sicherheitspolitisch nicht nach Asien orientieren. Sie können die militärische Gewichtung der europäischen und asiatischen Region begrenzt verändern und ihre Truppenstärke verschieben, sie können aber nicht den politischen Teil der Sicherheitspolitik ohne Westeuropa gestalten.